

Bezugspreis: Vierteljahr 20.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 26. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Einigung über die Gegenvorschläge.

Berlin, 25. Februar. (WZ.) Die unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Simons abgehaltene Schlussberatung der Sachverständigen aus allen Gebieten des berufstätigen Lebens kam zu dem einhelligen Ergebnis, daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unmöglich sei, und daß jeder Versuch, eine Lösung auf Grundlage der Pariser Beschlüsse zu finden, zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen müsse.

Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung, in den zu machenden festen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu gehen, einstimmig einverstanden. An der Sitzung nahmen neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsjustizministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsministeriums für Wohnungsbau, des Reichsministeriums des Innern und der Delegation nach London begleitenden Sondervertreter Preußens und Bayerns Geheimrat Fellingner und Staatsrat v. Meinel, die folgenden Herren teil: Geh. Kommerzienrat Krenhold, Stellvertreter des Vorsitzenden des Gesamtsverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Ballruch, Professor Dr. Bonn, Erzengel oder v. Braun, Geh. Justizrat Dietrich, Geh. Regierungsrat Duisberg, Gewerkschaftssekretär Erlesen, Präsident des deutschen Industrie- und Handelsrates Dr. Franzel, Malerobermeister Hanßen, Erzengel Hoeselstein, Dr. Georg Helm, Geh. Bezirgsrat Hilger, Leiter wirtschaftlicher Verbände Kelnath, Geh. Justizrat Kempner, Kommerzienrat Kildner, Generaldirektor Kougeler, Direktor Krämer, Gewerkschaftssekretär Köstler, Direktor Lübben, Dr. Karl Melchior, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Dr. Walter Rathenau, Gewerkschaftssekretär Silberbladt, Direktor v. Stauff, Hugo Stinnes, Direktor Urbig, Generaldirektor Vögler, Verbandsvorsitzender Wiber, Geh. Oberregierungsrat Wiedfeldt und Reichsminister a. D. Wissell.

Berlin, 25. Februar. (WZ.) Das Reichskabinett hat heute nachmittag unter Teilnahme des Reichspräsidenten über die deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz Beschluß gefaßt.

Zurechtgewiesener Größenwahn.

Die Telegraphenunion wird um die Verbreitung folgender Erklärung ersucht:

Wir stehen vor der Londoner Konferenz. Die politische Sachlage ist in vielen Dingen ähnlich wie im Sommer 1919 in Versailles; daher ist es von entscheidender Bedeutung, daß die öffentliche Meinung sich ein richtiges Bild von den Verhältnissen bildet und bewahrt, und daß sie sich von Einwirkungen, die dieses Bild trüben, frei hält. Georg Bernhard hat in zwei Artikeln in der 'Westfälischen Zeitung' ('Das Pariser Abkommen' vom 13. d. M. und 'Vollstreckung' vom 18. d. M.) den Grafen Brodorsky-Rankau und die deutsche Friedensdelegation angegriffen: sie hätten fast jeden wirklichen Versuch unternommen, der dazu führen konnte, eine wesentliche Änderung des Status zu erreichen. Das ist unzutreffend: die Delegation, d. h. ihr Führer, die Delegierten und die Sachverständigen, haben alle ihnen zugehenden Anregungen geprüft und, wenn möglich, praktisch aufgegriffen, auch die aus dem Bernhardschen Kreise stammenden; leider zeigte hier schon der erste praktische Versuch (Saarnote), daß hinter diesen Anregungen keine verantwortliche oder sonst einflußreiche französische Stelle stand.

Wir, vormalige Sachverständige der Friedensdelegation, und jetzt hier zu den Vorbereitungen für London versammelt, halten, so frei wir uns von jeder einseitigen außenpolitischen Orientierung fühlen, diese Feststellung für geboten, um die Öffentlichkeit schon im Voraus zur Vorsicht zu mahnen, falls während der Londoner Konferenz wieder solche lustigen Anregungen gegeben werden sollten. Gleichzeitig treten wir im Interesse der geschichtlichen Wahrheit den unberechtigten Angriffen gegen die deutsche Delegation und ihren Führer entgegen, dessen Politik von dem einmütigen Vertrauen der Sachverständigen dieser Delegation getragen war. Cuno, Hilger, Lübben, Dr. Melchior, v. Stauff, Urbig, Wiedfeldt.

Es handelte sich bei den erwähnten Auslassungen der 'Westfälischen Zeitung' um eine Wiederholung der seit dem Sommer 1919 im Zentralorgan der Kontinentalpolitiker mit ebensolcher Kaltblütigkeit entwickelten These, wonach die deutsche Friedensdelegation, vor allem ihr Führer Brodorsky-Rankau, die Schuld an der Schärfe der Friedensbedingungen trügen, weil sie die besonderen 'Verbindungen' des Sonderberichterstatters der 'West' in Versailles mit französischen Kreisen leichtfertig verschmäht hätten!

An Wirklichkeit handelte es sich, wie die Erklärung hervorhebt, um ganz einflußlos Franzosen, die in diesem geschäftigen

tigen Sonderberichterstatter den richtigen Mann erkannt hatten, der Verwirrung in die deutsche Delegation und in die deutsche öffentliche Meinung tragen konnte.

Seitdem geht die 'West' mit der Legende hausieren, daß dank ihren Redakteuren ein besserer Friede hätte erreicht werden können, wenn nicht die verbildeten, nur auf angelächelte Hilfe spekulierenden Friedensdelegierten und Sachverständigen diese kostbare 'Brücke' zerstört hätten! Gegen diesen Größenwahn ist zu polemisieren, lohnt sich eigentlich nicht. Da aber dasselbe Querulantenhäuflein anlässlich der Londoner Konferenz mit neuen Legenden zu operieren versucht und die alte Legende in zwei Artikeln wieder aufgewärmt hat, — in denen übrigens auch der 'Vorwärts'-Redaktion die besondere Ehre persönlicher Anempfehlungen und unwahrer Verdächtigungen zuteil wurde, — ist es ganz gut, daß non autoritativer Seite diesem unverantwortlichen Schwindel energisch entgegengetreten wird.

14 Tage Reparationsverhandlungen.

Paris, 25. Februar. (WZ.) Nach einer 'Temps'-Rebung aus London soll Lloyd George einigen Delegierten erklärt haben, die Verhandlungen über die Reparationen würden jedenfalls 14 Tage dauern, weil er wolle, daß sie diesmal zu Ende geführt werden.

Jouhaug gegen Gewaltanwendung.

Paris, 25. Februar. (WZ.) Jouhaug beschäftigt sich heute im 'Peuple' mit dem Kriegshetze, die die These aufstellen, wenn man Frankreich nicht die Reparationen in der Form gebe, wie es diese wünsche, müsse man Gewalt anwenden. Durch diese Propaganda entziehe man aber wiederum dem Lande Hunderttausende, die man in Kasernen festhalte. Die Arbeiter wollten Frieden. Der Allgemeine Arbeiterverband werde sich gegen diese sinnlosen Unternehmungen wenden. Sein Bestreben sei, die verwüsteten Gebiete wiederherzustellen. Das lasse sich aber nicht durch brutale Gewalt verwirklichen, denn die Kanonen könnten nur zerstören. Vor einigen Tagen hätten die Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands in Genf ein Ultimatum getroffen, in dem deutsche Gewerkschafter erklärten, die deutsche Regierung werde ihnen Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie sich am Wiederaufbau Nordfrankreichs beteiligten. Das sei nach Jouhaug 'Inhalt die einzige Möglichkeit, die keine Gefahr voraussetze' könne. Im Interesse Frankreichs selbst sowie im Interesse des Friedens erhebe er sich gegen die brutale Gewalt, damit die Welt wieder ausgerichtet werden könne.

Die Belgier für die 'Sanktionen'.

Brüssel, 25. Februar. (Dana.) Unter Vorsitz König Alberts fand in Brüssel ein Ministerrat statt, in dem der Außenminister Jaspars ausführlich die von Belgien auf der Londoner Konferenz zu beobachtende Haltung gegenüber der Durchführung der Pariser Beschlüsse darlegte. Das Kabinett beschloß, die Anwendung der Pariser Beschlüsse zu fordern und allen Maßnahmen beizutreten, die erforderlich sein würden, um sie zur Ausführung zu bringen.

Wir müssen noch einmal die Tatsache festhalten, daß im belgischen Ministerium vier Männer, und zwar Vandervelde, Destree, Wauters und Anseels, als Vertrauensmänner einer sozialistischen Partei sitzen, und daß diese Männer noch einander, um nur einiges anzuführen, den Versailler Vertrag, die sogenannte Restbefragung von Copen und Ralmehn, die Befehung Frankfurt a. M., das Kohlenbrot von Spa, die Pariser Wiedergutmachungsbeschlüsse und nun offenbar auch die angebotenen militärischen Sanktionen (u. a. Befehung des Ruhrgebietes) gebilligt haben! Und dann wundern man sich, wenn die Zweite Internationale in Mißkredit gerät!

Die Sedres-Revision auf dem Marsche.

Paris, 25. Februar. (WZ.) Der Sonderberichterstatter der Ghasagantur meldet aus London von heute nachmittag: Die türkische Delegation hat den Vorschlag der Allierten, eine Enquetekommission in der Lage von Theagen und Smyrna einzusetzen, angenommen. Sie hat erklärt, daß sie die Entscheldung der Allierten, wie sie auch ausfallen möge, annehmen wird. Der Präsident der Konferenz hat die türkischen Delegierten gefragt, ob sie auch die Vertragsklauseln von Sedres annehmen. Die Delegierten von Angora und Konstantinopel haben versprochen, ihre Antwort dem Obersten Rat heute abend 5 Uhr mitzuteilen. Was die griechischen Delegierten betrifft, so haben sie keine endgültige Antwort geben können. Der griechische Ministerpräsident hat dem Obersten Rat erklärt, daß er vorher seine Kollegen in Athen, die drei anderen politischen Parteien angehören, besprechen müsse. Er werde den Allierten seine Antwort sobald wie möglich mitteilen. Die griechischen Delegierten haben erklärt, es sei ihnen sehr unangenehm, daß sie gezwungen würden, eine flegetliche Dissenstive einzusetzen. Man glaubt aber schon jetzt, daß auch die Griechen die Enquetekommission annehmen werden.

Vor einem neuen Putsch?

Von gut unterrichteter Seite erhalten wir die folgende Zuschrift:

Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung', zugleich das offizielle Blatt der Reichsregierung und des Herrn Hugo Stinnes, hat in einem Aufsehen erregenden Artikel vor nationalstiftischen Ausschreitungen gewarnt und damit die Gefahr eines neuen Kapp-Putsches gewissermaßen an die Wand gemalt. Als Verfasser dieser Notiz aber doch als ihr Inspirator kann nur Stinnes selbst in Frage kommen.

Ran überlege nun. Eine derartige Notiz ist zweifellos geeignet, die deutsche Öffentlichkeit zu beunruhigen, den Kaufmann und Großhändler ängstlich zu machen und somit eine wirtschaftlich nicht gerade günstige Wirkung auszuüben. Wenn nun ein Mann wie Hugo Stinnes, der in allererster Linie wirtschaftlich interessiert ist, der als der größte Wertbesitzer und Händler Deutschlands heute an dem Wohlergehen jeder einzelnen Industrie ein gleich starkes Interesse hat, eine derartige Notiz in seinem Blatt in die Welt setzt, so muß er einen sehr triftigen Grund dafür haben. Es müssen immerhin ernste Ursachen vorliegen, wenn dieser Mann, dem ein weitverzweigter Nachridhtendienst zur Verfügung steht, es für richtig hält, in aller Öffentlichkeit Heißsporne auf der rechten Seite vor Putschabsichten zu warnen.

Wie liegen die Dinge? Am Abend des gleichen Tages, an dem der Stinnes-Artikel erschienen war und an dem Minister Simons vor dem Reichswirtschaftsrat diese Ausführungen noch unterstrichen hatte, erschien in der 'Deutschen Tageszeitung' unter der Überschrift: 'Preussisches Volk, Du sollst betrogen werden!' ein ungemein aufreizend und scharf gehaltener Artikel des Freiherren v. Wangenheim, des gleichen Mannes, der unter Kapp zwei Tage als preussischer Landwirtschaftsminister regieren durfte. Dieser Artikel Wangenheims zeigt sehr deutlich, daß, was wir auch aus anderen Zeitungsartikeln und sonstigen Anzeichen klar entnehmen können, ein sehr großer Teil der Deutschnationalen, insbesondere natürlich der deutschösterreichischen Flügel mit den Kappisten der 'Deutschen Zeitung', der 'Pommerschen Tagespost', der 'Ostpreussischen Zeitung', der 'Breiswälder Zeitung' u. a. m. sich nach diesen Wahlen auf keinen Fall damit abfinden lassen will, außerhalb der preussischen Regierung zu bleiben. Diese Leute haben zweieinhalb Jahre jahrelang und, die Faust in der Tasche geballt, draußen gestanden und gesehen, wie die neue preussische Regierung begann, den alten feudalistisch-aristokratischen Verwaltungsapparat zu demokratisieren und republikanisch zu gestalten. Hinter ihnen steht unweifellos ein sehr erheblicher Teil der alten höheren Beamenschaft, die allmählich fürchtet, durch die neu hinzukommenden demokratischen Elemente aus ihrer überragenden Stellung hinausgedrängt zu werden, in der sie bisher noch mit nicht geringem Erfolg durch ein geschicktes Zusammenwirken einen Teil der Arbeit der neuen Minister sabotieren konnten. Nachdem sich nun zeigt, daß der deutsch-nationale Wahlerfolg zu klein ist, um auf Grund ihrer Mandatsziffern das Erreichen zu können, was einem großen Teil der Deutschnationalen als Ziel des Wahlkampfes vor-schwebte, nämlich der Eintritt in die preussische Regierung, wollen die dem rechten Flügel der Partei angehörigen Elemente nunmehr das erzwingen, was ihnen die Wahlen verweigert haben.

Mit dieser Stimmung muß man rechnen und muß weiter sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß einer Putschabsicht jener Leute nicht nur ein sehr großer Teil der der Regsch angeschlossenen Organisationen unbedingt zur Verfügung steht, daß aus dem alten Offizierskorps erhebliche Reserven im Ernstfalle hinzustößen werden, und daß in Bayern allen Ablehnungen zum Trotz Kräden angespannen worden sind, die nach den gegen-revolutionären Elementen Preußens herüberreichen.

Herr Eicherich selbst rät heute von einem Putsch ab, in der richtigen Erkenntnis, daß ein derartiger Wahnsinn unser Todesurteil in London bedeuten würde. Aber er hat, wie schon oft betont worden ist, einen erheblichen Teil der preussischen Regsch-Organisationen nicht in der Hand, und ferner schert sich der deutschösterreichische Heerban, wie der Kapp-Putsch gezeigt hat, den Teufel um außenpolitische Gesichtspunkte, weil ihm kein brutaler Wille zur politischen Macht in Preußen einzig und allein Bestreben für seine Handlungen ist. Ob das Reich auseinanderberstet, ob Nord und Süd auseinanderfallen, scheidet diese Herren nicht, wenn nur der preussische Sunter Landrat und Minister dabei ist und in Ofstebien wieder nach dem alten Rezept der preussischen Rnute über den Arbeiter regiert werden kann.

Die Situation ist mithin ernst, kann es noch für Wochen bleiben und erfordert die angespannteste Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft.

Im 'Lokal-Anzeiger' wird plötzlich die Warnung des Ministers Simons vor Unbesonnenheiten als gegenstandslos

Groß-Berlin

Die hintertriebene Erhöhung des Straßenbahntarifs

Unter der Loga der Fürsorge für die erwerbstätigen Schichten stimmten die Kommunisten am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage des Magistrats auf Tarifierhöhung gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien nieder. Dadurch ist eine für die Berliner Straßenbahn unerträgliche Situation geschaffen worden. Ueber die Notwendigkeit der Erhöhung des Straßenbahntarifs nach ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Wer da weiß, daß fast alle Großstädte Deutschlands ihre Straßenbahntarife weit über das Maß des Berliner Tarifs bereits erhöht haben, wer den Zustand unseres Straßenbahnwesens, das Wagenmaterial usw. kennt — ein Zustand, an dem die städtische Verwaltung wahrlich keine Schuld trägt — wird einer nochmaligen Tarifierhöhung im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung des Unternehmens nicht verständnislos gegenüberstehen.

Daß die Deutschnationalen an der Wiedergesundung des kommunalisierten Verkehrsverkehrs kein besonderes Interesse haben, ist aus deren Haltung zum sozialistischen Magistrat nur allzu verständlich. Daß aber die kommunalistischen Vertreter im Stadtparlament eine Politik treiben wie die Extremen von der Rechten, läßt sie als sogenannte Vertreter der Arbeiter in einem besonderen Lichte erscheinen.

Die Ablehnung der Tarifierhöhung durch die bürgerlich-kommunistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung muß in kurzer Zeit zu Verhältnissen führen, unter denen in erster Linie die Arbeiterschaft am meisten zu leiden haben wird. Werden der Stadt jene Mittel vorenthalten, die sie braucht, um das Verkehrsunternehmen lebensfähig zu erhalten, so tritt in Kürze ein Zustand des Verfalls ein. Zunächst würden Tausende von Arbeitern und Angestellten entlassen werden müssen, weil es an den erforderlichen Betriebsmitteln fehlt. Ein Verkehrsunternehmen muß sich selbst erhalten, zu seiner Fortführung können keine städtischen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und wenn der Straßenbahnbetrieb eine erhebliche Einschränkung erfährt, würde es vielen tausend Arbeitern und Angestellten unmöglich gemacht, an ihre Arbeits- und Geschäftsstelle zu gelangen. Die Kommunisten behaupten, sie seien gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifs, um die Arbeiter und Angestellten vor Mehransgaben zu schützen; in Wirklichkeit sabotieren sie die Arbeit unserer sozialistischen Verwaltung und treiben eine Katastrophentaktik, deren Spitze sich lediglich gegen die sozialistische Stadtverwaltung richtet.

Am gestrigen Vormittag fand bereits beim Oberbürgermeister eine Besprechung statt, an welcher außer dem Stadtdirektor Adler die beiden Straßenbahndirektoren Pfaff und Bädke sowie zwei Mitglieder des Betriebsrats teilnahmen. Es kam hierbei ungewollt zum Ausdruck, daß, falls es nicht gelänge, die Tarifierhöhung durchzusetzen, die Notwendigkeit besteht, durch Arbeiterentlassungen das Ausgabenkonto des Betriebs erheblich einzuschränken.

Ueber das Ergebnis der Vormittagsausprache berichtet Oberbürgermeister Böß nachmittags in einer Sitzung der Fraktionsvertreter. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, dem beanstandeten Punkt 4 der Vorlage eine veränderte, weniger aggressive Form zu geben, wurde allgemein gebilligt, obwohl von bürgerlicher Seite betont wurde, daß sie in der von den Linksparteien beanstandeten Fassung nichts fänden, was die Arbeiter zu beunruhigen geeignet sei.

Der Magistrat wird sich in einer heutigen Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen und es ist zu erwarten, daß der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag die Magistratsvorlage erneut vorgelegt wird. Nach der gestrigen Aussprache zu schließen dürfte erwartet werden, daß die Vorlage in ihrer Gesamtheit am

Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit findet.

Die Deputation für städtische Werke

beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit den Verhältnissen der von dem ehemaligen Kohlenverband Groß-Berlin gegründeten Holz-Hilfe G. m. b. H., die die Aufgabe hatte, die vom Fortifikus im Herbst 1919 zur Steuerung der Kohlennot zur Verfügung gestellten riesigen Holzmassen einzuschlagen und nach Berlin zu schaffen. Es wurde die sofortige Liquidation dieser Gesellschaft beschlossen. Ferner wurde der von der kommunalistischen Stadtverordnetenfraktion gestellte Antrag auf Kommunalisierung des Kohlenhandels, der der Deputation überwiesen worden war, behandelt. Nach längerer Debatte, in der u. a. auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß bereits etwa 20 der jetzt in Groß-Berlin aufgeführten Gemeinden, wie z. B. Reinickendorf, Friedrichsberg, Karlshorst einen Kohlenhandel treiben, kam man zu dem Ergebnis, zunächst die ganze Angelegenheit dem bestehenden Unterausschuß der Deputation zu überweisen, der in Verbindung mit dem Kohlenamt alle Seiten dieses schweren Problems prüfen soll. Gegenstand der Erörterungen in der Deputation war u. a. auch die Frage einer anderweitigen Verteilung der Gasproduktion. Man beschloß, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, einen großen Teil der bisher von dem ältesten Berliner städtischen Gaswerk in der Gütchiner Straße produzierten Gasmenge in Zukunft durch das moderne Gaswerk in Neukölln herstellen zu lassen, weil dadurch bedeutende Ersparnisse ohne erhebliche Auswendungen für Neuanlagen zu erzielen sind. Die Gemeindebehörden werden sich demnächst mit diesem Projekt zu beschäftigen haben.

Der Mord in der Petersburger Straße.

Der ermordete angebliche Theodor Körner ist jetzt einwandfrei festgestellt worden als ein am 5. April 1893 zu Lodz geborener David Rosenblum. Im Besitz von Grenzpasswörtern und anderen vollständigen Papieren ward es ihm möglich, flüchtig zwischen Berlin, Danzig, Warschau und Lodz hin- und herzuwandern. Trotz der großen Bezüge, die er bezog, war er in der letzten Zeit stets in großer Geldverlegenheit. Er benutzte das für ihn und seine Untergetanen empfangene Geld zu seinem flotten Leben und zu allerhand Spekulationen. Er hat damit Handelsgeschäfte aller Art gemacht und auch sogar mit gestohlenen Automobilen gehandelt. In den letzten Tagen trug er sich mit dem Gedanken, seine politischen Geschäfte ganz aufzugeben und nach Magdeburg überzusiedeln. Dazu ist es dann jedoch nicht mehr gekommen. Wie schon mitgeteilt, unterhält Rosenblum auch Beziehungen zu Mädchen der Halbwelt und er verführte auch nicht, diese an sich zu fetten und für sich auf die Straße zu schicken. Trotz der Vernehmungen einer sehr großen Anzahl von Jungen und Mädchen, darunter auch viele russische Studenten und Studentinnen, durch die Kriminalkommissare Boese und Dr. Schuppe ist es bisher noch nicht gelungen, eine bestimmte Spur von dem flüchtigen Täter zu finden. Wahrscheinlich hat er gleich nach der Tat Berlin verlassen oder aber er ist in der Reichshauptstadt untergetaucht.

Wegen schweren Raubes

stand der bisher unbekannteste Geschäftsführer Moritz Wädelträger vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Kaufmann Moses Klein, der bei Müller in der Mulackstr. 18 wohnt, erhielt am 30. März 1920 in früher Morgenstunden einen unbekanntlichen Besuch. Drei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben, posten kräftig an die Tür und verlangten Einlaß, da eine Hausdurchsuchung abgedankt werden müsse, weil Klein des Gold- und Silberdiebstahls verdächtig sei. Einer der Männer nahm eine Durchsuchung aller Verhältnisse vor, der andere hielt dem Klein fortgesetzt eine Pistole an die Schläfe, während Klein die Hände hoch halten mußte. Der dritte schobte ihm die Weste auf, fand darin eine Dreifachschlüssel und entnahm dieser einen Betrag von 18 000 M. in fünfzig Markscheinen. Klein wurde dann aufgefordert, mit zur Kriminalpolizei zu kommen. Auf der Straße schlangen sich plötzlich die angeblichen Kriminalbeamten auf einen gerade vorbeifahrenden Wagen der Elektrischen, um mit dem Gelde davon zu fahren. Klein verfolgte sie sofort und es gelang ihm, den einen der drei Täter zum Absteigen zu zwingen. Es war derjenige, der das Geld an sich genommen hatte. Um von Klein loszukommen, gab der Ergriffene

dem Klein 18 000 M. zurück und flüchtete mit dem Rest von 5000 M. Dieser Rest soll der Angeklagte gewesen sein. Klein trat infolge dieser Wunde später infolge in der Mulackstraße und erkrankte infolge mit Bestimmtheit wieder. Er ließ ihn teilnehmen. Der Angeklagte warf bei der Festnahme eine Erkennungsmarke weg und ließ sich dann unter falschem Namen in die Wohnungsbücher eintragen. — Trotz des Bestreitens des Angeklagten kamen die Geschworenen zu einem Schuldspruch. Da der von dem Rechtsanwalt Dr. Mog Kantorowicz vorgetragene Gefängnisarzt Dr. Firsch begutachtete, daß der Angeklagte ein geistig minderwertiger Mensch ist, wurde er vom Zuchthaus verurteilt und nur zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der neue Räumere.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorsetzers Dr. Wehl lagte am Freitag vormittag im Berliner Rathaus der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl des Stadtkämmerers von Berlin. Nach eingehenden Beratungen über die eingegangenen Bewerbungen wurde einstimmig beschlossen, den Fraktionen die Wahl des Stadtrats Dr. Karbinger als geeigneten Kandidaten zu empfehlen. Ein Vorschlag, nochmals mit dem zum Bürgermeister von Charlottenburg gewählten Räumere Scholz in Verbindung zu treten, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Ortslohn und Erwerbslosenunterstützung.

In der Presse ist darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung des Ortslohnes, die mit Wirkung vom 1. März d. J. in Kraft tritt, auch eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung herbeiführen müsse. Diese Auffassung ist unzutreffend. Das Reichsarbeitsministerium hat bei der Erhöhung der Unterstützungssätze für die Dauer des Winters ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Bewilligung gemäß § 9 Absatz 6 der Reichsverordnung über Erwerbslosensunterstützung (d. h. Erhöhung der Unterstützungssätze bis zum Betrage des Ortslohnes) nur noch in besonderen Ausnahmefällen in Frage kommen könne. Die Heraushebung des Ortslohnes hat also eine Erhöhung der Unterstützung nicht zur Folge.

Fritz Kano †.

Gestern morgen 7 1/2 Uhr hat der den Berlinern bekannte Genosse Kano, früher Unterbezirkssekretär für die Ost- und Westpreign, seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt. Bis zur letzten Stunde seines Lebens hat er für seine Idee, den Sozialismus, gewirkt und gekämpft. Die Erfolge der Partei in letzter Zeit, besonders in seinem Agitationsbezirk der Prignitz, sind nicht zuletzt auf seine unermüdete Arbeitskraft und seine Ueberzeugungstreue zurückzuführen. Im besten Mannesalter stehend, hätte K. noch Jahre im Dienste der Partei fruchtbarere Arbeit leisten können. Der Bezirksverband Brandenburg wird ihm für seine geleistete Arbeit ein dauerndes Andenken bewahren.

Polizeistunde um 11 Uhr ab 1. März. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß die Schlußstunde für Gast- und Schankwirtschaften in Groß-Berlin vom 1. März ab allgemein — auch für Sonnabende und Sonntage — auf 11 Uhr festgelegt wird.

Oberstadtschulrat Paulsen hat gestern sein Amt angetreten und wird seine Sprechstunden ab Montag und Donnerstag von 1—2 Uhr nachmittags im Berliner Rathaus, 2. Treppen, Zimmer 69, halten. Er wird bis auf weiteres vertreten für die Angelegenheiten der Volksschulen und Mittelschulen durch Kreisdeputat Dr. Dieckhoff. (Sprechstunde: Montag, Dienstag und Donnerstag von 12—1 1/2 Uhr nachmittags im Berliner Rathaus, Zimmer 69), für die Angelegenheiten der höheren Schulen durch Kreisdeputat Dr. Starck (Sprechstunde: Montag, Dienstag und Donnerstag von 12—1 1/2 Uhr nachmittags im Berliner Rathaus, Zimmer 69). Abgesehen von besonders dringenden Fällen werden dieselben Kreisdeputate den Oberstadtschulrat mit Rücksicht auf die Fälle der von ihm zunächst übernommenen Arbeiten während ihrer obigen Sprechstunden vertreten.

Christian lag auf den Knien vorm Ofen und feuerte mit Heidekraut und getrockneten Kuhfladen, und Stine stand am Herd und rührte in der bruhelnden Bratpfanne. Die beiden Kleinsten saßen rittlings auf der Bank und gafften entzückt in die Stube, während der Schein vom Ofen auf ihren nassen Mänteln schimmerte. Die Morgendämmerung taftete nachdenklich über die zugestorenen Fensterscheiben.

„Bitte schön, Vater!“ sagte Stine und lehnte die Bratpfanne auf den Tisch, auf drei kleine Holzklöße. „Es sind bloß gebratene Kartoffeln mit ein paar Speckhappen drin. Aber bitte, du sollst es allein essen!“

Lars Peter lachte und setzte sich zu Tisch. Er begann sofort, wie er's gewohnt war, die Kleinen zu füttern; sie bekamen jeden zweiten Bissen. Das Gesicht über den Tischrand vorgestreckt, mit aufgesperrten Schnäbeln lagen sie da — wie zwei junge Vögelchen; Christian hatte eine eigene Gabel und stand beim Essen zwischen Vaters Knien. Stine stand mit dem Bauch gegen die Tischkante und sah den Kindern zu, sie hielten ein breites Küchenmesser in der Hand.

„Willst du nichts mithaben?“ fragte Lars Peter und schob die Bratpfanne besser auf den Tisch hinauf.

„Es ist nur für dich etwas da, wir andern bekommen nachher schon unser Teil.“ erwiderte Stine halb ärgerlich. Aber Lars Peter fuhr unverrückt fort, die Bissen in die Kleinen hineinzustopfen. Das Essen schmeckte ihm nicht, wenn er nicht ein paar aufgesperrte Münder um sich hatte.

„Ein himmlischer Happen für einen, der eben aufgewacht ist, was!“ sagte er mit breitem Lachen; seine Stimme hatte wieder ihren tiefen, erwarmenden Klang.

Während er Kaffee trank, zogen sich Schwester und Paul schnell an; sie wollten ihn aufbrechen sein. Während ange-spannt wurde, liefen sie dem Vater und dem großen Klaus zwischen den Beinen durch.

Die Sonne ging gerade auf. Sie zeichnete ein rotes Blüthergewebe auf das Iffereis und die reißbedeckte Landschaft; das Rührlicht raschelte im Sonnenaufgang wie sich kreuzende Gestirne. Von dem Niesenleib des großen Klaus stieg weißer Dampf in den Morgen auf, und die kurzen, haktigen Atemzüge der Kinder waren wie Maschinenampfische. In ihren Lappenschuhen sprangen sie wie zwei übermüdete, breitstirnige hüne Hunde um den Wagen herum. „Grüß' Mutter!“ riefen sie immer wieder.

Lars Peter beugte sich zum Gipfel der Fuhre hinab, wo er zwischen den Säcken gut eingebahrt saß. „Soll ich nicht auch von dir grüßen?“ fragte er. Stine wandte den Kopf ab.

Dann griff er zur Reitsche und begann zu schmitzen. Und der große Klaus legte sich langsam ins Gefährt. (Fortf. folgt.)

Stine Menschenkind.

Don Martin Andersen Nexø.

Eine Welle war es still. Lars Peters Hände arbeiteten langsam und hielten ganz an. Er sah und starrte wie geistesabwesend vor sich hin, so war er in letzter Zeit oft. Plötzlich erhob er sich, ging zur östlichen Luke hin und öffnete sie; es war noch Nacht, aber die Sterne waren schon ein wenig verbläut. Drüben aus seinem Stand rief der große Klaus, ganz schwach, fast unhörbar. Lars Peter schloß die Luke und ging zu ihm hinüber, er stolperte auf merkwürdige Art durch die Scheune. Stine folgte ihm mit den Augen.

„Was willst du denn nun wieder?“ fragte er tonlos und strich mit dem Arm den Rücken des Gaufers entlang, wobei er zu ihm in den Stand trat. Der große Klaus zupfte ihn mit seinem weichen Maul an der Schulter. Das war die sanfteste Liebkosung, die Lars Peter sich denken konnte, und dann gab er ihm Hafer.

Stine drehte den Kopf nach den beiden um — sie sah den Vater nicht gern in dem Zustand, in dem er sich augenblicklich befand. Was konnte es denn nützen, den Kopf hängen zu lassen? „Will er schon wieder fressen?“ fragte sie scharf. „Das Tier frisst uns das Haus überm Kopf weg!“

„Ja, aber er kann auch was leisten — und wir haben einen weiten Weg vor uns.“ Lars Peter kam zu ihr zurück und nahm die Arbeit wieder auf.

„Wie viele Meilen ist es denn bis Kopenhagen?“

„Sechs, sieben Stunden Fahrt, denk' ich. Wir haben ja eine Ladung mitzunehmen.“

„Hu, so ein langer Weg.“ Stine schauderte. „Und wie kalt es ist!“

„Ja, wenn man allein auf dem Wagen sitzen muß. Du könntest gut mitfahren, du! Der Zweck der Fahrt ist ja nicht so furchtbar erfreulich, und womit soll man sich auf dem langen Weg die Zeit vertreiben? Die traurigen Gedanken kann man dann nicht loswerden.“

„Ich kann hier nicht abkommen.“ erwiderte Stine kurz.

Wohl zum unangenehmsten Mal begann Lars Peter ihr zuzureden. „Wir könnten doch so gut Johannsens bitten, aufzupacken — und die Kinder die paar Tage hinüberschicken.“ sagte er.

Aber Stine blieb unerschütterlich. Sie hatte nichts für die Mutter übrig; da konnte man sagen, was man wollte; sie wollte eben nicht in die Stadt und ihr drüben in der Klauerei guten Tag sagen. Und nun sollte der Vater lieber mit dem Gerede aufhören, sonst wurde sie böse und erinnerte ihn an Großhans. Sie hobte die Mutter mit einer Kraft,

die ganz unheimlich für ihre Kinderjahre war. Sie berührte sie den Namen mit einem Wort, und wenn die andern dieses Thema anschlügen, verstummte sie, und es war nichts aus ihr herauszukriegen. So gut und aufopfernd sie sonst war, in diesem Punkt war sie verstockt.

Für Lars Peters gutmütigen Sinn war dieser Haß ein Rätsel. So gern er hier auch verfühlich gewirkt hätte, es blieb ihm nichts anderes übrig als abzulenken.

„Schau nach, ob du etwas für den Haushalt brauchst.“ sagte er.

„Ich brauche ein Paket Tafelsalz; das, das sie hier im Dorf haben, ist so garstig-grob, man kann's nicht auf den Tisch setzen. Und dann brauch' ich etwas Kardamon. Ich will versuchen, selber einen Kuchen zu backen, das gekaufte Brot wird so schnell trocken.“

„Kannst du das auch?“ rief Lars Peter bewundernd.

„Ich brauch' noch mehr.“ fuhr Stine unbeirrt fort. „Aber das beste ist, ich schreib' es auf; sonst vergißt du die Hälfte wie neulich.“

„Ja, tu' das lieber.“ erwiderte Lars Peter sanft. „Mein Gedächtnis hat nachgelassen. Ich weiß nicht — sonst hab' ich doch fünfzingerlei befohlen können, ohne etwas davon zu vergessen. Aber das mit Mutter ist wohl dran schuld. Und dann vielleicht auch, daß man älter wird. Grovater hat übrigens bis zuecht ein Gedächtnis gehabt wie ein gedrucktes Buch.“

Stine stand schnell auf und schüttelte ihr Kleid. „Sieh — das wär' getan!“ sagte sie und atmete tief auf. Dann steckten sie die Lumpen in Säcke und hielten diese zu.

„Dabei kommt allerhand Geld heraus.“ sagte Lars Peter und schleppte die Säcke zur Scheumentür hin, wo schon altes Eisen und andere Metalle aufgestapelt waren, die auch mit zur Stadt sollten. „Und wie spät ist's denn geworden? Nach sechs. Da ist es ja bald hellster Tag.“

Stine schlug die Scheumentür zurück, und die frische Frostluft strömte herein. Im Osten über der See war der Himmel kalt und grünspanfarben, mit einem schwachen, goldenen Schimmer — der Tag war im Anmarsch. Draußen auf den offenen Wäldern begannen die Vögel Pochensteichen von sich zu geben. Es war, als ob der Dämm vom Eternität her ihnen den Tagesanbruch melde; Schwarm für Schwarm schnatterte los, flog auf und steuerte dem Meere zu.

„Wir bekommen einen klaren Tag.“ sagte Lars Peter, während er den Wagen vor die Scheumentür zog. „Jetzt dürfte es ruhig fauwer werden.“ Er fing an, den Wagen zu beladen, während Stine hineinging, um Feuer für den Kaffee anzumachen.

Als Lars Peter in die Stube kam, spielte der Feuerstein von der offenen Ofentür über den Boden hin, der Raum war voll kräftiger Dufte, es roch nach Kaffee und Gebratenem.

Das Putzen macht mir
nur Vergnügen wenn ich dazu
Urbin
Kann Kriegen

Schuhputz **Urbin** Terpentinöl-Ware
überall zu beziehen! in Dosen mit Banderole

Für die zur

Abstimmung durchreisenden Oberschlesier

werden

Unterkünfte für eine Nacht
mit u. ohne Verpflegung gegen Entgelt gesucht

Haushaltungen, die bereit sind, Reisende aufzunehmen, werden gebeten, die zur Verfügung stehenden Räume anzugeben. / Bevorzugt Gegend Görlitzer und Schlesischer Bahnhof
Deutscher Schutzbund, Schloß Bellevue, I. Seitenfl., Zimmer 170

Möbel-Ausverkauf
wegen Räumung

zu selten billigen Preisen
auch auf Kredit

bei Kleinsten Ma- und Abzahlung
Lieferung frei Haus. Liefer auch auswärts

Möbel-Groß

Große Frankfurter Straße 141
Inbaldeustraße 5. Eingang Alsterstraße

Metallankaufsstelle
Osten.
Grüner Weg 81

zahl Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

**Kupfer, Rotguss,
Messing usw.**

kauft zu den höchsten Tages-
preisen

Buckower Str. 12. Ecke Dres-
dener Str.

Oberlandesgerichtsrat
außer. fachgemäß Rechtsberatung. Abwicklung sämtlicher
Fälle. Ehe. Klagen. Vermögenssachen. Zwangsversteigerungen.
Potsdamer Str. 115. Zimmer 349. Direktor Fabisch.

Reiseisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandreisen,
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Berlinerstr. 12072. Ecke Boltzstr. Berlinerstr. 12072.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Margarete
6 Uhr

Schauspielhaus
König Richard III.
7 Uhr

Deutsches Theater
7 U.: Die Jungfrau v. Orleans
So. 2 1/2: Deutsche Kleinstädter
7 U.: Die Jungfrau v. Orleans

Kammerspiele
7 Uhr: Jennette
So. 2 1/2: Frühlings Erwachen
7 1/2 U.: Büchse der Pandora

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Florian Geyer (A. A.)
So. 2 1/2: Danton (A. A., Abonn.)
7 Uhr: Danton (A. A., Abonn.)

Theater i. d. Königsplatz
8 Uhr: Salome
(Kitty Aschenbach, Hartau, Veit, Branden, Dornburg)
Sonntag: Salome
Mont: Jekaterina Iwanowna

Komödienhaus
Das weiße Lämmchen
7 1/2 Uhr mit Pallenberg

Berliner Theater
Die Spanische Nachtigall

Fritzi Massary
Waldman, Emmy Sturm, Roberts, Jankuba

Residenz-Theater
Lady Windermere's Fächer
Hans Arnoldt, Adels Sandrock, Käthe Haack, Arnold Korff, Jul. Falkenstein
Stg. 4, halbe Pr.: Die Freundin

Tranon-Theater
Leopoldine Konstantin in Die Gesellschaft des Abbé Chateaufort
Hierzu: Abschlußsouper von Schnitzler.
Ika Grünig, Herm. Vallentin, A. E. Licho, Hugo Fluk
Sonnt. 4 U.: Kammermusik

Königsplatz-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal T A N E

Admiralspalast
Baby-Ball
Stg. 3 1/2: Die lustige Puppe
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Volksbühne
Theater a. Bülowpl.
Zum ersten Male:
7 Uhr Kapitän Braubounds
Bekämpfung

Lessing-Theater
Heute bis Montag 7 1/2 Uhr:
Ein Idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Dienstag 7 1/2: Zum 78. Male:
Ein Idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)

Deutsches Künstler-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hasterberg

Central-Theater
Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Carmen
Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Rohelt die Tänzerin
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Komische Oper
7 1/2 U.: Liebel, Schnee
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in
Die Mausefalle

Metropol-Theater
Hollandweibchen
Neues Operetten-Theater
Fritz Werner
7 1/2 Uhr: Der lachende Ehemann
Neues Volkstheater
7 1/2 U.: Perikles v. Tyrus
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Don Carlos
7 1/2 U.: Helden
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Wilhelm Tell
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Schwalbenhochzeit
Th. i. d. Kommandantenstr.
7 1/2 U.: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Die Tanzgräfin
7 1/2 U.: Kleines Theater
Unter den Linden 44
Gasanovas Sohn
Eugen Burg, Mady Christians,
Hans Albers, Heinz Schroth
Sig. 3 1/2: Die Pfarrhauskomödie

Rose-Theater
Dr. Klaus
7 1/2 Uhr: Dr. Klaus

Moritzplatz
Variété-Café
Oranienstraße 33 54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Apollo-Theater
7 1/2 D. Kleins. 7 1/2
Das große Ausstattungstück in 4 Bildern

Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharel
als Gräfin Dubarry.

Über 150 Mitwirkende! — Sonntag 8 1/2, das
vollst. Stück mit Saharel. — jeder Erwachsene
1 Kind frei! — Vorverk. ab 10 Uhr ununterbroch.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2
Der neue Schlager!
Der Großfürst
Ein lustiges Stück aus dem
Berliner Leben in 3 Akten.
Berliner Humor! Berl. Typen!
Sonntag 3 1/2. Eine ideale Ehe.

Folies Caprice
Linienstr. 132 (Oranienb. Tor)
Im Séparé
Ihr letztes Abenteuer
Nacktkultur
mit Ferd. Grünecker
Telephon: Norden 8650

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Telephon: Norden 8643.
Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.
Das große
Februar-Programm
u. a.:
Die Rose von Stambul
mit Mizi Dolom
und Arnold Rieck

METROPOL
VARIÉTÉ-KABARET
Behrenstraße 54
Abendlich 7 1/2 Uhr
D. lustige Spielplan

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 7 1/2, und Sonntag
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Zum Schutz: Der
Kriegsgewinnler.
Vormer:
„Strand-idyll“
u. der herrorragende Solist
Nachmittags halbe Preise!
Vorverkauf: 11-12 u. 4-6 an
der Theaterkasse u. Leipziger
Straße 87 (Spittelkolonnen)

Nene Welt
A. Scholz, Hasenheide 114
Heute
Sonntag, d. 26. Februar:
Vl. Großer Alpenball
Einlaß 5 Uhr, Anfang 6 Uhr
5 Kapellen, 30 bayer. Mad'l

WINTERARTEN
Reines
Variété-Programm
Rauchen gestattet!

De-ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik 1 + 1 Neu renoviert
Eigene Konditorei.

**Erleichterte
Zahlungsbedingungen!**
Herren-Kleidung
nach Mass
Gute Verarbeitung / Mässige Preise
Julius Fabian, Gr. Frankfurter Str. 37

**SEIDEL & NAUMANN
DRESDEN**

Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440

**Brillanten
Perlen, Smaragde**
auch ganze Schmucke, auch zum höchsten Kurs
W. Weisager,
Leipziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

**Klein's
Tabake**
betrieben in Quali-
tät und Preisen.
Bezugsquellen durch
Kleins Tabakfabriken
o. H.-G.
Schifferstadt
(Rheinpfalz) 212.

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
Bar oder Teilzahlung
bei kleinster An- u. Abzahl.
Kolossalste Bedingungen
Bgl. Wohnungseinrichtung.
Wohnzimmer, Schlafzimmer,
Speis. zimmer, Herrenzimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts.
Lagerung kostenlos.

Möbel - Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bbl. Gesundbr.

Stellenangebote

**Tüchtiger
Anzeigen - Akquisiteur**

gut eingeführt bei der inserierenden Geschäfts-
welt, von großer Tatkraft und per sofort gesucht
Offerten unter D 19 an die Geschäftsstelle des
„Vorwärts“, Lindenstr. 3.

Berliner Metallwerk
sucht zum baldigen Eintritt eines
tüchtigen Meister
für die Stangenpresserei
welcher im Pressen von Kupfer, Messing und
Aluminium zu Stangen, Profilen und Rohren
gründlich erfahren und belähigt ist, die dazu
gehörige hydraulische und maschinelle Anlage,
sowie die Werkzeugmacherei verantwortlich zu
überwachen. — Angebote mit Zeugnisabschriften,
sowie Angabe der Gehaltsansprüche und des
Eintrittstermins erbeten unter B. N. K. 5354 an
Ala-Hannenstein & Vogler, Berlin W. 35.

Kupfer- u. Messingwerk
in Groß-Berlin sucht zum baldigen Eintritt einen
tüchtigen und umsichtigen
Gießerei - Meister
Angebote mit Zeugnisabschriften, sowie Angabe
der Gehaltsansprüche und des Eintrittstermins
erbeten unter B. N. J. 5353 an Ala-Hannenstein
& Vogler, Berlin W. 35.

Münzstr. 24 Erste Etage **BERLOWITZ** Münzstr. 24 Erste Etage

Herrenstiefel Goodyear Welt **149,-**

Oberschlesien und die Polenarmee.

Das Warschauer Organ der polnischen Sozialdemokratie „Robotnik“ behandelt in Nr. 48 die oberschlesische Frage. Nach einigen mißverständlichen Bemerkungen über den angeblichen Plan der deutschen Regierung, die oberschlesische Frage mit der Wiedergutmachungsfrage zu verknüpfen, stellt „Robotnik“ mit Beharren fest, daß die polnischen Minister alles tun, um die gerechte und heilige oberschlesische Sache zu kompromittieren“ und fährt dann fort:

„Fürst Sapieha, der während seines Aufenthalts in London und als Minister in Warschau geschwiegen hat, hat in Paris einer jungen freien Lauf gelassen. Dieser fürsichtige Diplomat hat einem Mitarbeiter der „Temps“ gegenüber erklärt, daß die Angliederung Oberschlesiens an Polen nicht nur die polnische Baluta und die polnische Industrie heben, sondern auch die technische Basis für die polnische Armee bilden wird, die dann auf die Höhe der französischen Armee gebracht werden könnte, und daß dann beide Armeen, die Wacht im Osten und Westen bildend, den Frieden in Europa sichern würden.“

Wir können es verstehen, daß dem „Robotnik“ diese Ausführungen äußerst unangenehm sind und glauben ihm gern, daß ihn und die polnischen Sozialdemokraten bei dem Abstimmungskampf von Oberschlesien ganz andere Motive leiten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Sozialdemokraten in Polen seit geraumer Zeit in die Opposition gedrängt sind und daß dort augenblicklich Elemente das Heft in Händen haben, die ähnlich wie Sapieha denken. Und diesen Elementen wird das oberschlesische Volk am 20. März die Antwort auf die Zumutung geben, sich als Spekulationsobjekt für die polnische Baluta und als „technische Basis für die polnische Armee“ betrachten zu lassen.

London, 25. Februar. (Holländisch Neusbureau.) „Manchester Guardian“ ist der Ansicht, daß der Vertrag zwischen Polen und Frankreich Verpflichtungen mit sich bringen wird, die Polens finanzielle Wiederherstellung unmöglich machen werden. Polen müsse sich auch seinen Nachbarn gegenüber vernünftiger und korrekter als gegenwärtig betragen, aber es sei sehr wahrscheinlich, daß die Verbindung mit Frankreich gerade die entgegengesetzte Wirkung haben werde.

Die Polen sollen es schaffen . . .

London, 24. Februar. (W.B.) Der Warschauer Korrespondent der „Times“ erklärt, die Elbe und Energie, mit der die polnischen und französischen Staatsmänner das Bündnis zwischen Polen und Frankreich zustande gebracht hätten, deute darauf hin, daß Frankreich für die Londoner Konferenz den Bündnisvertrag bereithalten wolle, so daß es die Möglichkeit habe, eine Konzentration polnischer Truppen 100 Meilen von Berlin vorzunehmen, falls Deutschland sich renitent zeige und Großbritannien eine resolute französische Politik nicht unterstütze. Der „Manchester Guardian“ erklärt, man könne mit Sicherheit annehmen, daß das Bündnis gegen Deutschland gerichtet sei.

Georgien im Abwehrkampf.

Tiflis, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die georgischen Truppen leisteten erfolgreichen Widerstand, nahmen Ge'angene und Artilleriesmaterial und warfen die Ungarnen nachrückend zurück. Falls aus Moskau kein Befehl zu einem neuen verführten Angriff erfolgt, kann der bolschewistische Überfall als gescheitert betrachtet werden. Bei den georgischen Truppen herrscht vorerfreute Stimmung.

Wien, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Wiener Arbeiterzeitung“ dringt einen Aufruf von Karl Kautsky an das internationale Proletariat zum Schutze Georgiens.

Auch Kemal greift ein.

Paris, 25. Febr. (W.B.) Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel haben die Kemalisten in die Angelegenheiten Georgiens eingegriffen. Sie haben der Regierung ein Ultimatum gestellt und die sofortige Räumung der beiden südlischen Distrikte Kars und Ardona verlangt. Dieses Ultimatum verschärft die an und für sich schon schwierige Lage in Georgien.

Wegen unserer in der Montag-Abendausgabe veröffentlichten Depesche aus Tiflis über den Einfall der Bolschewiki in Georgien fällt sich der in Berlin erscheinende rechtslabelistische „Aul“, bemüht, sich an uns zu reiben. Der „Aul“, der ausländische Interventionen in Rußland immer noch verbietet, wirft uns vor, wir hätten von ihm im Januar gebrachte Mitteilungen über eine bolschewistische Gefahr in Georgien demängelt und ihm darüber noch Wortwiese gemacht.

Der berechtigte „Aul“ irrt sich gewaltig. Wir haben seinerzeit uns dagegen gewandt, daß er es für gut hielt, der georgischen Regierung, die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen zu regieren hat, Steine in den Weg zu legen, indem er ihr erdachte Beschlagnahmen anding. So vor allem die unwahre Behauptung, daß Kullen in Georgien verhaftet würden, daß Wälfürerschaft und dergleichen mehr in Georgien an der Tagesordnung wäre. Wegen diese unwahren Unterstellungen und den Ton der Mitteilungen, der in diesem Falle, wie sonst, die Rußler machte, saßen wir uns veranlaßt, Front zu machen.

Revision des englisch-japanischen Bündnisses

London, 25. Februar. „Daily Mail“ versichert, eine vollkommene Revision des englisch-japanischen Bündnisses werde demnächst erfolgen. Die Dominions würden auf der Konferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigt, vertreten sein.

Das Elsaß — eine französische Kolonie.

Paris, 24. Februar. (W.) In der heutigen Sitzung der französischen Kammer wurden die Kapitel des außerordentlichen Etats betr. Subvention für Elsaß-Lothringen und Geheimorganisation der Sicherheitspolizei in Elsaß-Lothringen besprochen. Der Abg. Uhen (Soz.) erhob lebhaften Protest gegen die Politik der Verschiebung, die im vorliegenden Budget zum Ausdruck kommt. Unter dem deutschen Joch sei Elsaß-Lothringen stets stolz darauf gewesen, alle Mittel für die notwendigen Ausgaben zu bekommen. Heute seien die Provinzen gezwungen, von Frankreich eine Subvention von 380 Millionen zu verlangen. Das sei die Folge des Regimes, welches man dem Lande auferlegt habe, das nun zu einer Kolonie geworden sei. Weiter stelle es eine Folge des administrativen Parasitismus dar. Sobald besprochen der Redner die einzelnen Kreditforderungen, für die auch ein in Elsaß-Lothringen reichliches Verwaltersbureau in Betracht komme. Bei diesen Ausführungen des Redners erhob sich ein Protesturm aller anwesenden eifässischen Abgeordneten, weil die Ausführungen Uhrs offenbar das

Empfinden der Kammer verfehlt hätten. Uhrs setzte aber dessen ungeachtet seine Rede fort und kritisierte jede einzelne Kreditforderung. Besonders heftig protestierte er gegen die Beibehaltung des Kultusbudgets für Hoch-Lothringen, welches in Frankreich ausgegeben worden sei. Am Schlusse seiner Rede verlangte der Abgeordnete die Aufhebung des Generalkommissariats für Elsaß-Lothringen.

Die Regierung obstruiert.

An Stelle der Vorstandsmitglieder von Kieppel und Wolff Cohen werden gewählt: Dr. Stegmann und Umbreit. Darauf berät das Haus den vom finanzpolitischen Ausschuss einstimmig angenommenen Antrag betr.

Steuerfreiheit des Geschäftsmanns.

Die bedauerlicherweise durch § 30 des Landessteuergesetzes aufgehoben ist, wovon zahlreiche Gemeinden in ihrer finanziellen Notlage Gebrauch gemacht haben. — Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Es folgt der Antrag des Ausschusses für den Entwurf eines Gesetzes zur

Abänderung des Einkommensteuergesetzes.

Chefreh. Bernhard begründet den Antrag. Es wird empfohlen, daß die Steuer für das Steuerjahr 1920 mit dem erfolgten Lohnabgaben abgegolten sei, und die Einziehung der Steuern für das erste Steuerdritteljahr 1920 unterbleiben soll, soweit die Steuerpflichtigen ein Einkommen bis zu 2400 M. versteuern, und soweit sie den Steuerabzug für die letzten drei Viertel Jahre des Steuerjahres ordnungsgemäß nachweisen.

Marg. (Arbeitnehmer der Banken): Wir stimmen dem Antrag des Ausschusses nur mit Bedenken zu. — Der Ausschussantrag wird angenommen.

Dr. Schwarz (Arbeitgeber v. d. Banken) begründet den Antrag des finanzpolitischen Ausschusses zur

Reichsnotopfernovelle.

Es muß endlich festgestellt werden, wie das Reichsnotopfergesetz im zweiten Teile gestaltet werden soll, damit der Grundbesitz in Stadt und Land weiß, in welchem Maße er herangezogen wird.

Der Antrag zur Reichsnotopfernovelle wird einstimmig angenommen. — Es folgt die Beratung eines Antrages betr. die steuerliche Heranziehung der indirekt durch den Krieg betroffenen Gebiete. Ihn begründet Heppel (Arbeitgeber d. Landwirtschaft).

Marg. (Arbeitnehmer v. d. Banken): Es handelt sich hier um eine Liebesgabe für die Landwirtschaft. Die Arbeitnehmer lehnen den Antrag ab.

Der Antrag wird im Hammersprung mit Stimmengleichheit von 67 Stimmen abgelehnt. — Es folgt der von allen Gruppen unterstützte Antrag, wonach der Reichswirtschaftsrat einen Ausschuss für die Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte einlegen soll, unter Berücksichtigung möglichst aller Gewerbegruppen. Er wird angenommen. — Es folgt die Interpellation über die

Einführung des Achtstundentages im Banngewerbe.

Vizepräsident Cohen stellt fest, daß der Reichsregierung mitgeteilt ist, daß die Interpellation heute zur Beratung kommen soll. Eine Antwort der Regierung ist aber nicht eingegangen. Ebenso ist auch

kein Regierungsvorsteher zu ihrer Beantwortung anwesend.

Marg.: Der Reichswirtschaftsrat hat allen Anlaß, grundsätzlich zu der durch die Nichtbeantwortung der Interpellation zum Ausdruck kommenden Richtung durch die Regierung Stellung zu nehmen. Ich beantrage eine Aussprache hierüber. — Auf Antrage aus der Versammlung will der Vizepräsident mit, daß ihm nicht bekannt ist, warum die Regierung zur Beantwortung nicht bereit ist.

Ausführer (Bertr. d. techn. Angest.): Wenn der Reichswirtschaftsrat sich heute diese Behandlung gefallen läßt, so wird damit ein Präzedenzfall geschaffen. Die Regierungsvorsteher haben

Ausdrücklich den Saal verlassen.

Darin kommt zweifellos zum Ausdruck, wie die Regierung Interpellationen des Reichswirtschaftsrats zu behandeln gedenkt. Diese Behandlung darf der Reichswirtschaftsrat nicht ruhig hinnehmen, wenn er nicht an seinem Ansehen verlieren will.

Dr. Krämer: Für unsere Arbeit kann es gleichgültig sein, ob die Regierung vertreten ist oder nicht. — Chefreh. Bernhard stellt den Antrag, die Verhandlung zu verlassen, als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung die Interpellation zu setzen und den Reichsarbeitsminister zu benachrichtigen.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Bernhard angenommen. — Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Beratung der Interpellation, Reichsgesetz. Schluß 2 Uhr.

Republikanische Reichswehr.

Der Ausschuss des Reichstages zur Beratung des Wehrgesetzes nach Freitag seine Beratung auf. Zu § 1 lagen Abänderungsanträge vor, die die Anforderung der Entente (scharfer formulieren) sollten.

Abg. Debrück (Dnack. Sp.) wendet sich gegen die Forderungen der Entente. Ein Antrag Schöpflin (Soz.) will im § 1 zum Ausdruck gebracht haben, daß es sich bei der Reichswehr um eine republikanische Wehr handelt. Von der Rechte dagegen wird beantragt, daß es sich um eine Wehrmacht des Deutschen Reiches handelt, die selbstverständlich eine solche der Republik sei, solange eine solche bestehe. Dem sozialdemokratischen Antrag wird sodann mit 15 gegen 8 Stimmen der Rechten entsprochen und der § 1 wie folgt gefaßt:

„Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr. Sie wird gebildet aus der Reichswehr und der Reichsmarine, die aus freiwilligen Soldaten und nicht im Wehrdienst tätigen Militärbeamten bestehen und ergänzt werden. Alle Angehörigen der Wehrmacht müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die allgemeine Wehrpflicht ist im Reich und in den Ländern abgeschafft.“

Der so formulierte § 1 wurde mit großer Mehrheit angenommen. § 11, der die Einrichtung von Landmannschaften zuzieht und bestimmt, daß der Bundeskommandant in Bayern zugleich Befehlshaber des bayerischen Verbandes ist, wird unverändert angenommen, nachdem Reichswehrminister Gessler eine Reihe von Fragen beantwortet, und Abg. Rosenfeld (U. Soz.) sich gegen die Vorrechte Bayerns

ausgesprochen hatte. Zu § 17 liegt ein Antrag Emminger (Bayern. Sp.) vor, wonach im Falle besonderer öffentlicher Notstände und Unruhen des Wehrrechtskommende die nötigen Anordnungen über ein evtl. Einschreiten der Wehrmacht treffen können soll. — Die Abg. Dr. Rosenfeld und Prof. Radbruch (Soz.) äußern Bedenken. Der Wehrminister spricht für den Antrag. Der Antrag Emminger wird mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. — Montag Weiterberatung.

Reichsverkehrsetat.

Im Hauptausschuss des Reichstages berichtet am Freitag Staatssekretär Stieker: Eine Bilanzierung des Etats sei ohne erhebliche Tarifserhöhung nicht möglich. Die Erfahrung habe gezeigt, daß trotz der am 4. Dezember 1920 in Kraft getretenen Neuordnung der Gütertariife ein Verkehrsrückgang nicht eingetreten sei. Im Gegenteil habe sich nach den letzten Tarifserhöhungen der Personenverkehr um 175 Proz. gesteigert, der Güterverkehr um 145 Proz. Wenn auch die Möglichkeit einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht in Betracht gezogen werden sollte, so müsse doch damit gerechnet werden, daß die großen Anstrengungen der Reichseisenbahnverwaltung zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Betriebe- und Abfertigungsdienst, insbesondere die hohen Aufwendungen für Erneuerung und Wiederinstandsetzung des Fahrparkes, nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Verkehrseinnahmen bleiben. Die

letzten Tarifserhöhungen genügen bei weitem nicht,

um die Selbstkosten der Eisenbahnen auch bei scharfer Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben zu decken. Es seien daher weitere Erhöhungen unerlässlich. Die Erhöhung der Gütertariife werde am 1. April 1921 die Erhöhung der Personen-, Gepäck- und Expressguttarife kurze Zeit später in Kraft treten. Die Reichseisenbahnverwaltung veranschlagt die Einnahmen für 1921 im Personen- und Gepäckverkehr auf 5,3 Milliarden, im Güterverkehr auf 2,14 Milliarden Mark. Durch große Zugeständnisse an Polen, besonders hinsichtlich Lokomotivbestellung, sei es gelungen, zu erreichen, daß die

Durchreise durch den Korridor künftig ohne Paktbuchpflicht

und ohne alle Beisitzungen geschehen könne, die sonst mit Grenzüberquerungen verbunden seien. Außerdem aber solle Ostpreußen tarifmäßig so behandelt werden, als stände es noch direkt mit dem Vaterlande in Verbindung. Die Reduktionswürde das Reich auf sich nehmen. Der im Art. 93 der Verfassung vorgesehene

Reichseisenbahnrat

ist bisher noch nicht gebildet, da die Verwaltung zunächst die Schaffung der Wirtschaftsprüfung abwarten wollte; jetzt hat man jedoch die Arbeiten für die Ausführung des Art. 93 in Angriff genommen. Der Reichseisenbahnrat wird sich auf den bereits bestehenden Bezirksbahnräten aufbauen. Der provisorische Reichseisenbahnrat hat in der Frage der Tarifserhöhungen mitwirkend und ist aus Vertretern aus dem Preussischen Landesbahnrat zusammengesetzt, ferner zur Ergänzung aus Vertretern der Betriebsabteilung, der Betriebsbahnen, sowie aller Kreise der Angestellten und Arbeiter. Der Personenverkehr hat bei der kommenden Tarifserhöhung nicht so stark herangezogen werden können, wie der Güterverkehr. Die

Normaltransportgebühren sind um rund 600 Proz. erhöht.

Die Aufhebung der Ausnahmetarife ist bekanntlich durch den Friedensvertrag erzwungen. Die Einnahmen werden jetzt geschätzt auf 16,44 Milliarden, die Ausgaben auf 30,128 Milliarden Mark. Der

Fehlbeitrag von 13,688 Milliarden

bedeutet gegenüber der früheren Schätzung eine Besserung von 711 Millionen Mark, wobei allerdings die letzten Erhöhungen der Bezüge des Personals und der Kinderzulagen, sowie die Wirkungen der neuen Ortsklasseneinteilung noch nicht eingerechnet sind. Abg. Kohler (Soz.): In den Filialen sollte man die 4. Klasse einführen. Durch Restlose, Beschränkungen und ähnliches kann man die Einnahmen steigern. Für die Schulkinder sind gewisse Fahrtmöglichkeiten einzuführen. Die Erhöhung der Tarife sollte nicht auf dem Verordnungsweg, sondern auf dem Gesetzeswege erfolgen. Staatssekretär Stieker: Die Reichsregierung ist für bestimmte Zwecke und Einrichtungen im Reichsbahnwesen zu erhalten, obwohl die Eisenbahnverwaltung für die Zukunft grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß es nicht ihre Aufgabe ist, einzelne Einrichtungen durch Gewährung von Fahrpreiserhöhungen zu fördern.

Auf der Berliner Stadt- und Ringbahn

sind Verkehrsverbesserungen erst mit der Elektrifizierung möglich. Weiterberatung Sonnabend.

Sparkommission.

Berlin, 25. Februar. (W.B.) Das Reichskabinett hat die Einsetzung einer gemischten Kommission unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, bestehend aus sechs Vertretern der Reichsregierung, sechs Vertretern des Reichsrats und sechs Vertretern des Reichstags, beschlossen, der auf Grund der angelegten Vorarbeiten die weitere Prüfung der zur Vereinfachung und Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifenden Maßnahmen abgeben soll. Die Kommission wird sich namentlich mit einer Nachprüfung der Verteilung der öffentlichen Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gemäß der Verfassung, mit der Organisation der Behörden, dem Verhältnis zwischen Reichs- und Landesbehörden, der Dezentralisation innerhalb der Reichsverwaltung, der Abgrenzung der Verwaltungsbezirke befassen.

Die Nachricht, daß dieser Ausschuss die Reubildung der Regierung in Preußen und die Verminderung der Ministerien in Preußen beeinflussen sollte, ist falsch. Eine derartige Aufgabe ist vom Reichskabinett für die zu bildende gemischte Kommission nicht ins Auge gefaßt. — Das wäre auch der Höhepunkt!

Der tanzende Schatten.

Uns wird geschrieben: Im gelegneten Oberdruck liegt ein Dorf. Leichthin behelken, das circa 8000 Seelen zählt. In diesem Ort sind so ziemlich alle Parteien vertreten. Nur Unabhängige gibt's dort nicht. Demnach wurde am 20. d. Mts. seine einzige U. S. V. Stimme abgegeben. Wir glaubten also dem Geistes-Schiff zu begegnen, als wir einige Tage nach der Wahl im „Vestfäler Wochenblatt“ folgendes Interat fanden:

U. S. P. D.

Ortsgruppe Celsahn.

Mitglieder-Verammlung

am Sonntag, den 27. d. Mts.

nachm. 8 1/2 Uhr im Hotel zur Post.

Nach der Verammlung

Lang-Kränzchen.

Ueberräumungen.

Preisstrafen. — Monatsgewaltiger.

Eintritt: Damen 2 M. Herren 3 M.

Um zahlreichem Besuch bitten!

Der Vorstand. J. K.: A. Thiele.

Wodurch bewiesen ist, daß die U. S. V. ein Phänomen, eine Partei der unbegrenzten Möglichkeiten ist. Nicht nur, daß sie Mitglieder-Verammlungen ohne Mittel der Abtätigkeit abbaut, sie tanzt auch Monatsgewaltiger ohne ein Tanzbein ihr eigen nennen zu können. Das vorstehende Interat ist auf alle Fälle ein Beweis dafür, daß die U. S. V. mit Humor zu sterben versteht.

Bayerische Elektrizitätsversorgung. In der gestrigen Sitzung des Bayerischen Staatshaushaltsausschusses wurde der Plan über die Versorgung Bayerns mit Elektrizität beraten. Dabei teilte Staatssekretär Dr. Schwager mit, daß die Staatsregierung dem Landtag den Vorschlag unterbreite, das Bayernwerk in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Durchführung des Bayernwerkes ausschließlich mit staatlichen Mitteln sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich und es könnte das große Unternehmen ins Stocken geraten. Der Aufwand für das Bayernwerk werde zurzeit auf 500 Millionen geschätzt.

Ährliche Regierungsmethode. Bis die unabhängige Zeitung „Der Kampf“ mittels, erschien gestern ein Aufgebot von Kriminalbeamten in den Geschäfts- und Redaktionsräumen des „Kampf“ in München zwecks Beschaffung der Anstaltspostkarten. Der rote Garbist, da dieselben als Beweismittel für eine Untersuchung gegen den genannten Verlag wegen Aufforderung zum Hochverrat von Bedeutung sind.

Partei-Kämpfe in Frankreich. Der Ausschuss der sozialistisch-radikalen Partei hat beschlossen, acht Mitglieder, darunter den letzten Ministern Sarraut und Daniel Vincent, die sich für Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ausgesprochen haben, während die Umstände zuzubilligen und ihnen einen Verweis zu erteilen, dagegen die Abgeordneten Buch und Buisson aus der Partei auszuschließen. Auch der der Partei nahestehende Abgeordnete J. A. Bonnet wurde als außerhalb der Partei liegend bezeichnet.

